

04.11.2016 - 09:30 Uhr

Die zehn grössten Schweizer Städte lancieren die Idee einer gemeinsamen Landesausstellung

Basel/Bern/Biel/Genf/Lausanne/Lugano/Luzern/St.Gallen/Winterthur/Zürich (ots) -

Die Stadtpräsidentin von Zürich und die Präsidenten von Basel, Bern, Biel, Genf, Lausanne, Lugano, Luzern, St. Gallen und Winterthur prüfen die Idee, die nächste Schweizerische Landesausstellung gemeinsam zu organisieren. Eine Expo überspannt damit zum ersten Mal das ganze Land - zum Thema: Was ist die Schweiz im 21. Jahrhundert und wie wollen wir zusammenleben?

Seit der ersten Schweizerischen Landesausstellung 1883 kamen in jeder Generation die Menschen aus dem ganzen Land an einer Expo zusammen und setzten sich mit der Gegenwart und Zukunft der Schweiz auseinander. Die Schweiz verändert sich rasant - auch die heutige Generation verdient ihre Expo. Nach dem Aus einer Expo 2027 Bodensee-Ostschweiz lancieren die zehn grossen Schweizer Städte die Idee, gemeinsam eine nächste Landesausstellung zu organisieren, über alle Landesteile und Sprachgrenzen hinweg. Die Städte können dabei ihre Erfahrungen mit Grossanlässen und die vorhandene Infrastruktur für eine solche Generationenveranstaltung nutzen.

Warum eine schweizweite Expo in den Städten?

Städte sind Geburtsstätten, Brennpunkte und Treiber von gesellschaftlichen Entwicklungen. Menschen kommen in die Städte, prägen sie und machen sie zu Zentren des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Austauschs und der Innovation. Wie gutes Zusammenleben in steter Veränderung funktionieren kann, beschäftigt die Städte seit jeher. Über diese Frage möchten sich die grössten Schweizer Städte im Rahmen der nächsten Expo mit dem ganzen Land austauschen. Die zehn Städte lancieren die Idee im Wissen darum, dass einzelne Städte und Regionen weitere Überlegungen einer Schweizer Landesausstellung in ihren Regionen anstellen.

Memorandum liegt vor - Vorgehensskizze als nächster Schritt

Die involvierten Städte haben ihre Idee in einem Memorandum zusammengefasst. Die nächste Expo könnte in 10 bis 15 Jahren stattfinden. Eine Vorgehensskizze soll als nächster Schritt die Eckwerte abstecken - so insbesondere Trägerschaft, Entscheidungsprozesse, finanzielle Rahmenbedingungen, angestrebter Zeitpunkt der Durchführung. Über die Ergebnisse dieser Abklärungen werden die Städte im Frühjahr informieren.

Das erwähnte Memorandum liegt dieser Medienmitteilung bei.

Kontakt:

Marco Borradori, Sindaco di Lugano, 079 636 50 38 / 058 866 70 11.

Erich Fehr, Stadtpräsident von Biel/Bienne, 032 326 11 01.

Grégoire Junod, Syndic de Lausanne, 021 315 22 00.

Sami Kanaan, Conseiller administratif de Genève, 022 418 65 03.

Mike Künzle, Stadtpräsident von Winterthur, 052 267 51 12.

Corine Mauch, Stadtpräsidentin von Zürich, 044 412 31 20: 12:00 Uhr - 13:00 Uhr.

Guy Morin, Regierungspräsident von Basel, 079 686 93 53 / 061 267 80 47.

Thomas Scheitlin, Stadtpräsident von St.Gallen, 071 224 53 20.

Alexander Tschäppät, Stadtpräsident von Bern, Nationalrat, 031 321 67 33.

Beat Züsli, Stadtpräsident von Luzern, 041 208 82 51: 14.00 - 15.00 Uhr.